

### 50'000 Franken für das Regiotram

Interessant: Auch im Jahr 2014 gibt Nidau, wie die Jahre zuvor, 50'000 Franken für die Regiotram Begleitplanung aus. Dem Volk versichert man immer wieder, man werde „keinen einzigen Rappen mehr für das Projekt ausgeben, bis das Volk darüber entschieden hat.“ Zwar wurde der Kredit für die Begleitplanung bereits gesprochen. Ausgegeben hat man das Geld aber trotzdem noch nicht. Geld für ein Projekt, welches höchstwahrscheinlich gar nie gebaut wird. Das Regiotram wurde von Bund und Kanton übrigens jüngst in die Prioritätskategorie B zurückgestuft. Auch nicht fehlen dürfen die 240'000 CHF des bereits gesprochenen Kredits (total 600'000 CHF) für die geplante Curva-Brücke.

### Steuererhöhungen sind nicht verhandelbar

Die SVP Nidau wird die bereits erarbeiteten Sparanträge sehr bald wieder aus der Schublade holen müssen. Ohne Leistungs- und Aufgabenverzicht steuert Nidau auf ein finanzielles Desaster zu. Der Unterschied zu

anderen Gemeinden besteht darin, dass Nidau die letzten Jahre stets Ertragsüberschüsse erzielen konnte und deshalb auch einen gewissen "Bremsweg" hat. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man tatenlos zuschaut, wie das Eigenkapital dahinschmilzt und wie sich der Schuldenberg innerhalb von nur 5 Jahren mehr als verdoppelt. Ein Sparwille war im Nidauer Stadtrat bisher weit und breit nicht erkennbar, der umstrittene Entscheid über die Einschulung der frankophonen SchülerInnen ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Steuererhöhungen werden deshalb von uns unter allen Umständen kategorisch abgelehnt, Nidau ist bereits heute mit einem Steuersatz von 1.8 Einheiten eine Steuerhölle. Wie können wir denn mit einem noch höheren Steuersatz gute Steuerzahler nach Nidau holen, so zum Beispiel durch AGGLOlac? Eigentlich müssten wir doch das Ziel haben, die Steuern mittelfristig senken zu können. Für unsere bürgerlichen Kollegen ist es endlich an der Zeit, aus dem Tiefschlaf aufzuwachen. Sie

werden dann hoffentlich feststellen, dass sich nach den letzten Gemeindewahlen für die Legislatur 2014-2017 eine solide bürgerliche Mehrheit im Stadtrat gebildet hat. Ob man sich an die im September gemachten Wahlversprechen erinnern wird, Schulden abzubauen und Steuererhöhungen verhindern zu wollen? Die SVP sieht die bürgerliche Mehrheit im Stadtrat als Chance, die städtischen Finanzen gemeinsam zu sanieren. Hoffen wir, dass die bürgerliche Fraktion (FDP, PRR, BDP) dies auch so sieht.

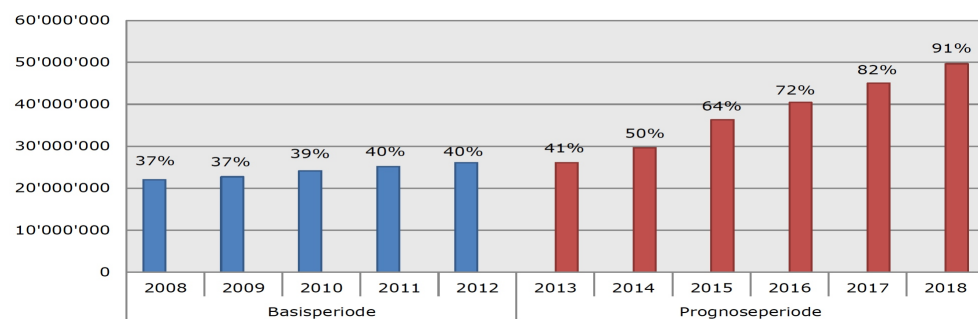


**Leander Gabathuler**  
Stadtrat  
Fraktionspräsident  
Vizepräsident SVP Nidau

## SVP Nidau erarbeitet Motion "Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse"

Die SVP Nidau hat sich mit den finanziellen Problemen der Gemeinde Nidau eingehend auseinander gesetzt. Nebst einem rigorosen Aufgaben- und Leistungsverzicht sowie massiven Kürzungen im Investitionsplan hat sich die SVP überlegt, wie die Gemeindefinanzen langfristig in den Griff zu kriegen sind. Wie man anhand des Finanzplans 2013-2018 unschwer erkennen kann, läuft die Gemeinde schnurgerade in eine massive Neuverschuldung hinein. Die budgetierten Defizite (bis zu 3.6 Mio. CHF pro Jahr) und die überdurchschnittlich hohen Investitionen (2013 bis 2018 im Umfang von 23 Mio. CHF) entfallen zu Lasten der Verschuldung, welche sich gemäss Finanzplan bis 2018 um 23.6 Mio. CHF auf 91% mehr als verdoppeln wird. Kürzungen im Investitionsbudget erachtet der

**Entwicklung Fremdkapital und Bruttoverschuldungsanteil**



Quelle: Finanzplan 2013-2018, www.nidau.ch

Gemeinderat trotzdem als (Zitat) „gefährlich.“ Die Ratslinke hat auch bereits deutlich signalisiert, dass man sich auf Sparmassnahmen nicht einlassen werde, lieber sollte man die Steuern noch weiter erhöhen. An der letzten Stadtratsitzung im November wurden Finanzplan wie auch das Budget 2014 innerhalb von kaum 15 Minuten ohne nennenswerten Widerstand durch gewunken. Ohne das mühsame Umblättern wären die beiden Geschäfte wohl noch schneller abgearbeitet worden. Das ganze Problem zu Lasten der nächsten Generationen zu „lösen“ - nämlich über die Verschuldung - ist eine sehr angenehme Variante für Politiker. Dem will die SVP Nidau einen Riegel schieben. Eine wie im Finanzplan ausgewiesene Entwicklung der städtischen Finanzen ist aus Sicht der SVP nicht zu akzeptieren. Die Damen und Herren Stadträte haben im November einmal mehr bewiesen, dass Nidau dringend gesetzliche Restriktionen im Finanzhaushalt braucht.

2003 hat die Schweiz eine sehr restriktive Ausgaben- und Schuldenbremse auf Bundes-

ebene eingeführt. Nach über einem Jahrzehnt Erfahrung und nach mehreren Jahren Weltwirtschaftskrise kann das Fazit gezogen werden: Der Mechanismus funktioniert einwandfrei. Die Schweiz hat in den letzten Jahren sogar einen aktiven Schuldenabbau betreiben können, während die Verschuldung in anderen Ländern regelrecht explodiert ist. Auch mehrere Kantone, darunter auch der Kanton Bern, haben jüngst eine Schuldenbremse eingeführt, viele europäische Staaten wollen den Mechanismus nun kopieren.

Wir haben uns deshalb gefragt: Wieso also nicht auch eine Schuldenbremse auf Gemeindeebene? Noch kaum eine Schweizer Gemeinde hat eine Schuldenbremse eingeführt. Hier und da wurde bereits darüber diskutiert, die Idee wurde aber oftmals aus fadenscheinigen Gründen wieder verworfen. Es gibt jedoch einige Gemeinden, welche speziell restriktive Regelungen und Vorgaben in der Stadtverordnung eingeführt haben. Diese Restriktionen haben einen mit der

>> Fortsetzung Seite 3

Schuldenbremse vergleichbaren Charakter. Die Schuldenbremse besagt im Prinzip nichts anderes, als dass die Staatsverschuldung langfristig nicht ansteigen darf. Während guten Jahren muss die Gemeinde finanzielle Reserven aufbauen, welche dann während schlechten Jahren auch angezapft werden können. Mittelfristig darf man nicht mehr ausgeben, als eingenommen wird - Für die SVP sind dies völlig selbstverständliche Grundregeln der Finanzpolitik, an welche sich auch jede Hausfrau halten muss.

Kaufen Sie sich etwa eine Rolex, wenn sie erst noch einen Stapel offene Rechnungen zu bezahlen haben? Wohl kaum.

Die SVP hat deshalb einen eigenen detaillierten Bericht über die Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse für Nidau verfasst, in welchem eine mögliche konkrete

Ausgestaltung erläutert wird. Vor den Wahlen hat die SVP angekündigt, den Nidauer Finanzhaushalt nachhaltig zu sanieren. Und genau das werden wir nun auch tun. Eine Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse ist aus Sicht der SVP ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Die SVP wird noch in diesem Frühjahr eine Motion einreichen, welche den Gemeinderat dazu auffordert, einen geeigneten Gesetzesentwurf dem Stadtrat vorzulegen. Wird die Motion abgelehnt oder verschleppt, drängt sich die Lancierung einer kommunalen Volksinitiative auf.

Übrigens: Auf Bundesebene wurde die Abstimmung über die Einführung der Schuldenbremse (2001) mit über 80% angenommen, jene im Kanton Bern (2009) mit 77%. Dies zeigt eindeutig: Das Volk hat

genug von der politischen Schuldenwirtschaft, die Politik braucht eine Selbstdisziplinierung.



**Oliver Grob**  
Stadtrat  
Vorstand SVP Nidau

**Mehr erfahren!**  
Der Bericht zur Motion „Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse“ kann auf unserer Webseite [www.svp-nidau.ch](http://www.svp-nidau.ch) unter „Unsere Mandatsträger“ / „Fraktionsarbeit“ als PDF herunter geladen werden.

## Die Verlockung von Subventionen - Quo vadis, bilinguisme?

Gegen den Stadtrat-Entscheid vom 21.11.2013, sämtliche frankophone Nidauer SchülerInnen in Zukunft in Nidau einzuschulen, wurde erfolgreich das Referendum ergriffen. Die Vorlage kommt am 18. Mai vor das Nidauer Stimmvolk. Stadträtin Ursula Wingeyer (SVP) erklärt, weshalb die SVP Nidau diesen Entscheid des Stadtrates unterstützt.

### Wieso sollten Deiner Meinung nach die frankophonen SchülerInnen in Nidau in die deutschsprachige Schule gehen, wie dies der Nidauer Stadtrat beschlossen hat?

Ich glaube, für die frankophonen SchülerInnen wäre es eine super Gelegenheit, zweisprachig aufzuwachsen. In der Zeitung habe ich einen interessanten Bericht über die Zweisprachigkeit gelesen. Als die deutschsprachigen Bauern in den Jura zogen, mussten sie ihre Kinder in französischsprachige Schulen einschulen, dies mit grossem Erfolg. Die Kinder von damals sind heute junge Erwachsene, welche leichter eine Stelle finden, eben gerade dank ihrer Mehrsprachigkeit.

### Etwa 20% der Nidauer Bevölkerung sprechen Französisch, es geht um über 50 Kinder (Einschulungen 2014-2018) welche ihre Ausbildung auf Deutsch anstelle auf Französisch beginnen würden. Wird hier nicht auf dem Buckel einer grossen Minderheit gespart?

Das kann man so nicht sagen. Das Budget muss einer laufenden Kosten-Nutzen-Kontrolle unterzogen werden. Jetzt trifft es leider auch diesen Bereich. Schon nur die horrenden Transportkosten entsprechen einem privaten Taxi-Dienst für jeden Schüler - einzeln!

### Konkret könnte man langfristig rund 350'000 Franken (150'000 Franken Schulkosten, 200'000 Franken Transportkosten) pro Jahr einsparen. Doch ist der SVP die Zweisprachigkeit nicht mehr wert?

Diese Einsparung kann u.A. für den Ausbau und Betrieb unserer eigenen Schulen verwendet

werden. Abzüglich der Infrastrukturkosten gehen wir von einem Sparpotential von rund 150'000 Franken pro Jahr aus. Wir müssen so oder so die Kapazitäten unserer Schulen vergrössern, dieser Betrag ist dabei sehr hilfreich und gibt uns einen grösseren Spielraum. Das Steuergeld wird dadurch effizienter eingesetzt und bleibt der Gemeinde Nidau erhalten. Wir steuern auf eine äusserst schmerzhaft Spardebatte zu, wo auch Steuererhöhungen zum Thema werden. Wir können uns den bisherigen Luxus nicht mehr länger leisten.

### Ein Journalist beschuldigte den ehemaligen Nidauer Stadtpräsidenten „ethnische Säuberungen“ zu planen. Auch im Privaten und in den Medien wirkt die Debatte enorm aufgeladen. Sollte man den Romands nicht gleich alle Subventionen streichen, wenn das ihre Art ist, „merci“ zu sagen?

Den Romands deswegen gleich sämtliche Unterstützung zu verwehren, ist aus meiner Sicht keine Option. Ich kenne viele Romands, welche mit Anstand über diesen Streitpunkt diskutieren. Viele wollen ihre Sprösslinge unabhängig vom Ausgang der Abstimmung in Nidau einschulen, weil sie die Vorteile erkannt haben.

### Was leistet Nidau eigentlich alles für die Zweisprachigkeit?

Wir übersetzen viele offizielle Publikationen obwohl wir dafür nicht verpflichtet wären. Auch die welsche Bibliothek wird subventioniert. Im Stadtrat darf man sich sowohl auf Deutsch, wie auch auf Französisch äussern. Nidau gibt sich sehr viel Mühe, dies sollte man nicht vergessen.

**Merci beaucoup pour ton engagement!**  
Merci, pareillement!



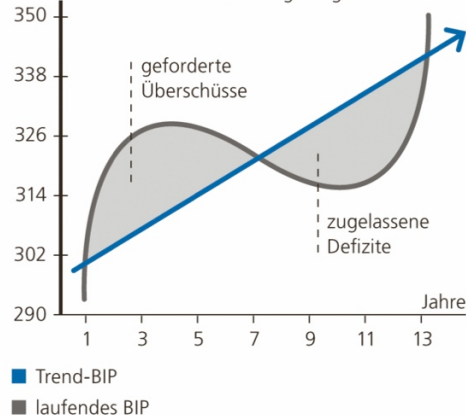
**Ursula Wingeyer**  
Stadträtin

**Standpunkt der SVP Nidau:**  
Die SVP Nidau unterstützt den Stadtrat-Entscheid grossmehrheitlich, die SVP-Fraktion unterstützt ihn einstimmig. Nidau ist eine deutschsprachige Stadt und ist deshalb rechtlich nicht dazu verpflichtet, die Zweisprachigkeit in irgend einer Art zu fördern. Trotzdem fließen jährlich hunderttausende Franken an Subventionen für die inoffizielle Zweisprachigkeit. Wir rufen den Romands in Erinnerung, dass dies nicht selbstverständlich ist.

Im Gegenzug erwarten wir von den Romands, dass auch sie ihren Beitrag leisten. Zweisprachigkeit bedeutet für uns, dass beide Sprachgruppen beide Sprachen sprechen. Die Einschulung der Romands in einer deutschsprachigen Nidauer Schule ist die bestmögliche Option, den Bilinguismus auf beiden Seiten zu fördern.

### Schuldenbremse: der Mechanismus

Die Ausgaben folgen nicht der Konjunktur, sondern dem langfristigen BIP-Trend.



Quelle: EFD, "Die Schuldenbremse", www.efd.admin.ch